

5.4 »Hinter uns kann keiner mehr zurück«

Die Etablierung der NS-Gedenkstätten als eine unendlich(e) deutsche Erfolgsgeschichte – und wie sie trotzdem als kritischer Handlungsraum dienen können

Sebastian Bischoff, Cornelia Chmiel, Jennifer Farber und Jens Hecker

Gedenkstätten wurden gegründet, beziehungsweise ausgebaut, es war mehr Geld da, wir sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, hinter uns kann keiner mehr zurück. (BII17: 33)

In den Interviews, die im Rahmen dieses Forschungsprojektes entstanden sind, beschreiben pädagogische Mitarbeiter:innen deutscher NS-Gedenkstätten die Geschichte der eigenen Institution oftmals als Geschichte einer zunehmenden Etablierung: Gedenkstätten seien in der Mitte der Gesellschaft angekommen und fungierten mittlerweile als wirkmächtige geschichtskulturelle wie auch politische Akteur:innen. Sie seien wichtig für eine »Positionierung dieses Landes« – und zwar nicht nur als »Alibi-einrichtungen«, denn dazu seien sie inzwischen zu groß (BII17: 11). In der Studie des Verbundprojektes wurden Akteur:innen verschiedener Bereiche historischer Bildungsarbeit dazu befragt, wie sie gegenwärtige Veränderungen im Umgang mit Geschichte vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Pluralität wahrnehmen und wie sie ihre Rolle in diesen Prozessen bewerten. Dabei sind im Handlungsfeld Gedenkstätten und Museen auch zehn Interviews mit pädagogischen Mitarbeiter:innen an drei NS-Gedenkstätten entstanden.¹ Sie ermöglichen aufschlussreiche Einblicke in die Perspektiven der Befragten auf die Entwicklung von Gedenkstätten im geschichtskulturellen Wandel der letzten Jahrzehnte. Im Folgenden soll deshalb die zunehmende Etablierung, die die Akteur:innen beschreiben, im Hinblick auf ihre theoretischen und institutionellen Implikationen untersucht werden. Die Einblicke in die Auswertung der Interviews mit Gedenkstättenmitarbeiter:innen werden anschließend mit drei Interviews kontrastiert,

1 Im Projekt wurden sowohl Akteur:innen ehemals west- als auch ehemals ostdeutscher Gedenkstätten befragt. Für Gedenkstätten in der ehemaligen DDR ergibt sich hier eine andere Gemengelage, da sie bereits seit den 1950er Jahren von staatlicher Seite etabliert und gefördert wurden. Doch auch hier schildern die Akteur:innen die Etablierung einer bundesweiten Gedenkstättenlandschaft seit den 1990er Jahren.

die im Handlungsfeld *non-formale Bildungsprojekte* des Verbundprojekts geführt wurden. Gewählt wurden hierbei einerseits Interviews, in denen zivilgesellschaftliche Akteur:innen über ihre Erinnerungspraktiken in Bezug auf den Nationalsozialismus sprechen, andererseits Interviews mit Personen, die in Geschichtswerkstätten zu einer Vielzahl von Themen gearbeitet haben und mit dieser jahrzehntelangen Erfahrung einen Blick auf die Entwicklung der Geschichtskultur im Allgemeinen und die Bedeutung von Etablierungsprozessen im Besonderen werfen.

NS-Gedenkstätten sind eine Ausdrucksform dieser Geschichtskultur und ihre Geschichte wird in den letzten Jahren zunehmend von den Pionier:innen der Gedenkstättenbewegung der 1970er und 1980er Jahre historisiert (Knoch 2020). In der theoretischen Auseinandersetzung wird hervorgehoben, dass die Gedenkstätten von der Peripherie ins Zentrum der politischen Geschichtskultur gerückt sind (Garbe 2014). Als Zäsur wird hier die 1999 beschlossene Gedenkstättenkonzeption des Bundes herausgearbeitet. Im Vordergrund der damit verbundenen Förderpraxis stand die bauliche Ertüchtigung der Gedenkstätten und die Entwicklung von beispielhaften Dauerausstellungen. Auf den ersten Blick ist dies durchaus als Erfolg zu bewerten: Vorausgegangen war ein jahrzehntelanges Kämpfen um Erinnerung und gegen das Ausblenden, Verleugnen und Vergessen der Geschichte der Massenverbrechen, wie es Praktiker:innen und Theoretiker:innen differenziert dargelegt haben (Sternfeld 2013). Erst die Neuen Sozialen Bewegung der 1970er Jahre schufen das gesellschaftspolitische Klima, in dem sich eine Gedenkstättenbewegung entwickeln konnte (Lutz 2009: 101ff.). Der zivilgesellschaftliche Faktor dieser Bewegung wird stets betont (Wüstenberg 2020) und dient häufig auch der Abgrenzung gegenüber der staatlich gelenkten Gedenkstättenpraxis in der DDR. Die ostdeutschen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten haben eine längere Tradition als die westdeutschen Gedenkstätten, das in ihnen ausgedrückte Bedürfnis des SED-Staates nach Selbstlegitimation (Rauschenberg 2015) wird allerdings kritisch betrachtet. Doch trotz ihrer zivilgesellschaftlichen Ursprünge sind auch die westdeutschen Gedenkstätten heute zum Großteil etablierte und staatlich geförderte Repräsentantinnen einer offiziellen Geschichtskultur.

Neben der Historisierung von Gedenkstätten wird zunehmend auch nach den Bedingungen gefragt, die sich aus ihrer Etablierung für die Gedenkstättenpraxis ergeben. So betont Knigge (2005: 402f.), es stelle sich längst nicht mehr die Frage, *ob* erinnert werde, sondern *wie* dies geschehe. Dass Gedenkstätten nicht mehr zur Disposition stehen, wird von den Pionier:innen der Gedenkstättenbewegung als Erfolg gewertet. In ihrer neuen Rolle werden die Orte jedoch auch zu Kristallisationspunkten unterschiedlicher geschichtspolitischer Interessen und Ansprüche. Damit könnten auch Vereinnahmungen und Instrumentalisierung als unbeabsichtigte Folgen einhergehen (Siebeck 2015, Traverso 2007). Inwieweit die Agency bzw. Handlungsmacht, die durch die Akteur:innen in den letzten Jahrzehnten erstritten wurde, bewahrt und in diesem Sinne auch verteidigt werden kann oder muss, ist vor diesem Hintergrund eine zentrale Frage. Denn die etablierten Gedenkstätten funktionieren nicht im Sinne fixierter Traditionen oder ewig gültiger Repräsentationen (Knigge 2010), sondern sie müssen immer wieder selbstkritisch hinterfragt werden. Wenn die Akteur:innen mit und über Gedenkstätten in gesellschaftliche Verhältnisse intervenieren wollen, dann müssen gegebenenfalls neue Wege gefunden werden.

Die Frage der Agency, also die aktive, handlungsgestaltende Kraft der Akteur:innen, birgt großes Potenzial für die Analyse von gesellschaftspolitischen Diskursen sowie der Handlungsmöglichkeiten und Strategien der darin agierenden Akteur:innen. Der Beitrag verbindet die in den Auswertungen aufgeworfenen Fragen und Herausforderungen mit der Praxis des Arbeitskreises *Räume Öffnen*. Am Beispiel von ausgewählten Positionen des Arbeitskreises sollen so Antwortmöglichkeiten und Strategien gedenkstättenpädagogischer Akteur:innen im Umgang mit gewachsenen geschichtskulturellen Strukturen zu Diskussion gestellt werden. Das Netzwerk besteht aus etwa vierzig Mitgliedern, die (nicht nur) an unterschiedlichen Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren im deutschsprachigen Raum pädagogisch, kuratorisch und aktivistisch tätig sind und sich regelmäßig austauschen, – mit dem Ziel, diskriminierungskritische Ansätze in der Gedenkstättenarbeit voranzubringen.

Gedenkstättenmitarbeiter:innen zwischen zunehmender Wirkmacht und dem Ringen um das kritische Potenzial

Blickt man auf die Entwicklungen, welche die in diesem Forschungsprojekt befragten Gedenkstättenmitarbeiter:innen skizzieren, scheint sich die Geschichte der NS-Gedenkstätten durchaus als Erfolgsgeschichte erzählen zu lassen. Jahrzehntelange Kämpfe von Überlebenden, ihren Angehörigen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die sich unermüdlich für eine Bewahrung der historischen Orte, eine Aufarbeitung ihrer Geschichte und eine Zugänglichmachung und Tradierung der Erzählungen der hier Inhaftierten und Ermordeten eingesetzt haben, scheinen von Erfolg gekrönt gewesen zu sein. Dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus in der Gegenwart einen hohen Stellenwert besitzt, beschreiben die Befragten als inzwischen weitestgehend unangetasteten »Konsens« (BII7: 12), der durch NS-Gedenkstätten manifestiert und verräumlicht wird.

Gerade mit dem Versterben der letzten Zeitzeug:innen gewinnt auch das lange Zeit unterrepräsentierte Feld der Gedenkstättenpädagogik neue Bedeutung (BII7: 9). Von dieser Entwicklung zeugen auch zahlreiche Förderprogramme, etwa das 2018 von der Bundesregierung ins Leben gerufene *Jugend erinnert*. Dass allerdings Fördermittel in der Gedenkstättenarbeit eine zentrale Rolle bei der Finanzierung einnehmen, ließe sich auch als Symptom dafür lesen, dass es bei Forschung und Bildung an Gedenkstätten an den ökonomischen Grundlagen mangelt. Stellen Förderprogramme einerseits ein Potenzial für ein häufig prekär aufgestelltes Arbeitsfeld dar, zeugen sie gleichzeitig von gestiegenen Erwartungen: Die Pädagogik sieht sich mit dem Anspruch konfrontiert, die »Erinnerung an die Verbrechen wachzuhalten«, und die »Tradition der Überlebenden [fortzuführen] oder die Tradition dessen, was die sich gewünscht haben von den nachfolgenden Generationen« (BII16: 21). Sie wird damit zu nichts Geringerem verpflichtet, als »den Nationalsozialismus auch im kollektiven Gedächtnis wachzuhalten und da halt die politischen Schlüsse draus zu ziehen« (BII27: 13). Gedenkstätten fungieren hier als »moralische Einrichtungen«: »Also wir sind die Guten, ne? Also ob wir es wirklich sind, ist die zweite Sache, aber wir werden als die Guten, die Reellen, die Gerechten [...] wahrgenommen« (BII17: 11).

Diese Äußerung verweist allerdings zugleich auf unerwünschte Nebenwirkungen einer zunächst positiv bewerteten Entwicklung. So beschreiben die Befragten gerade in Bezug auf die Realisierung historischen Lernens vor Ort ein Überforderungsszenario:

[U]nd so diese, was auch immer mal wieder in der Debatte kommt, die Idee, dass solche Gedenkstätten so einen Läuterungsprozess bieten könnten. Es gibt irgendwie einen Rechtsruck in der Gesellschaft, dann müssen wir die Leute in die Gedenkstätten schicken und dann kommen sie irgendwie links wieder raus oder zumindest nicht mehr rechts, das ist natürlich Quatsch und ich finde, die haben schon eine wichtige Bedeutung, aber können auch nicht alle Probleme regeln. (BII16: 21)

Historisches Lernen an Gedenkstätten solle zur Lösung diverser gesellschaftlicher Probleme dienen. Und anstatt Phänomene wie Rassismus oder Antisemitismus in ihrer strukturellen, gesamtgesellschaftlichen Verankerung zu betrachten, würden diese auf bestimmte Gruppen externalisiert. Dabei würde dem historischen Lernen vor Ort eine Läuterungsfunktion zugeschrieben, wovon die Befragten sich entschieden abgrenzen. Ihnen zufolge zeigt sich in diesen Anforderungen neben einer allgemeinen Hilflosigkeit bezüglich des Erstarkens rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen eine anwachsende Instrumentalisierung von NS-Gedenkstätten, die sie auf deren zunehmende Etablierung zurückführen. Beides – Instrumentalisierung und Etablierung – so zeigt das Material, gehen in der Wahrnehmung der Befragten Hand in Hand.

Dabei werden Gedenkstätten einerseits mit politischer und gesellschaftlicher Wirkmacht versehen: »[W]enn wir hier den Bürgermeister einladen, dann kommt der. Weil der kann, egal von welcher Partei der ist, der kann sich das gar nicht leisten zu sagen: ›Ne, kann ich nicht, hab ich einen anderen Termin, ne? Das ist eine völlig klare Sache« (BII17: 31). Andererseits werden Gedenkstätten zunehmend zu Projektionsflächen für ritualisierte Symbolpolitik:

Die Orte sind ja inzwischen auch total etabliert gesellschaftlich, aber [...] da gibt es auf jeden Fall so einen Punkt, an dem ich das dann manchmal auch schwierig finde. Also, wenn dann einmal im Jahr der Bürgermeister kommt, um hier seine Rede loszuwerden und seinen Kranz abzuwerfen oder ein Stellvertreter, auch wenn das gar nicht unbedingt schlechte Reden sind, aber da habe ich schon das Gefühl, das ist sehr symbolpolitisch und hat eigentlich keine Auswirkungen auf irgendwas sozusagen, das wird halt einfach so gemacht, weil es gemacht werden muss. (BII16: 21)

Eine Begleiterscheinung der Instrumentalisierung sei es zudem, dass sich zunehmend ritualisierte Formen der Bezugnahme auf den Nationalsozialismus etablierten, die auch von Besucher:innen vor Ort eingeübt und reproduziert würden. Damit verbundene Vorstellungen von angemessenem Verhalten und Bezugnahmen sowie feststehende Lehren, die aus der Geschichte des Ortes gezogen werden sollen, stellen, den Schilderungen der Befragten zufolge, die Pädagogik vor Herausforderungen. Die »erinnerungskulturelle Szene«, so kritisiert BII9, sei in ihrer Elaboriertheit ausschließend, weil »die sozialen Erwünschtheiten und das, was man an Kenntnis mitbringen muss, um mitreden zu dürfen, so eine Art Shoah-Abitur, um bloß nichts falsch zu machen, das Sprechen auch tatsächlich hindert« (BII9: 35).

Dabei leite sich aus der Geschichte des Nationalsozialismus das Recht ab, sich »in dieser Geschichte auszukennen« (BII9: 7) und an der Verhandlung über die Bedeutung dieser Vergangenheit zu partizipieren. An dieser Stelle wird die Etablierung von Gedenkstätten, auch wenn diese die Grundlage und Legitimation der eigenen Arbeit darstellt, zum Problem. Denn Gedenkstätten, so kritisieren die Befragten, geraten in Gefahr, ein wesentliches Moment zu verlieren: ihr kritisches Potenzial, das eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus in ihren Augen immer beinhalten sollte, und in dem auch die Entstehung der Gedenkstätten begründet liege. Gerade weil die Erinnerung an den Nationalsozialismus im »gesellschaftlichen Mainstream« (BII16: 55) angekommen sei und sich geschichtskulturelle Konventionen herausgebildet hätten, sei es wichtig zu betonen, dass die Geschichte dieser geschichtskulturellen Errungenschaften als »Geschichte von unten« angefangen habe und auf eine kritische wie »antistaatliche« Bewegung zurückgehe:

Während das jetzt meinetwegen eher so halt in den 80er [Jahren] oder so als Geschichte von unten angefangen hat und etwas Kritisches und vielleicht auch was Antistaatliches war, ist es jetzt natürlich was Staatliches, was von oben kommt und so kommt es, glaube ich, dann auch bei jungen Leuten, Schüler:innen an: Das ist das, was sie von der Schule aus machen müssen, und [...] das ist, glaube ich, eine Veränderung, die es gibt und die für mich dann auf jeden Fall eine Herausforderung ist, das vielleicht auch nochmal klar zu machen, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus, der Umgang damit und dass wir die Gedenkstätten heute haben, ein Teil von einer Widerstandsgeschichte vielleicht ist oder von einer kritischen Bewegung und heute zwar etabliert ist, aber auch erkämpft wurde. (BII16: 55)

Und so deuten die Befragten die Etablierung von Gedenkstätten auch als Phänomen des zunehmenden zeitlichen Abstandes. Gedenkstätten seien nicht länger »der Stachel im Fleisch der Deutschen«, sondern Orte, an »die man gerne geht«, wie eine vielzitierte Aussage Gerhard Schröders wiedergeben wird. Sie würden zu einem Referenzpunkt, »der irgendwie eine nationale Identität oder vielleicht sogar Nationalismus begründen kann« (BII16: 57). Erst, »als es vielen nicht mehr weh tat, im Sinne von, wenn die Täter dann alle tot sind« und dadurch eine Thematisierung der Vergangenheit weniger kontrovers wurde, hätten sich Gedenkstätten zu dem entwickelt, was sie heute sind (BII7: 18)

Daraus leiten viele Befragte die Frage ab, wie dieses kritische Potenzial bewahrt werden kann. Im Interviewmaterial zeichnen sich dazu unterschiedliche Strategien ab. BII8 bspw. grenzt sich klar von einer gesellschaftlichen Einflussnahme ab. Für die befragte Person stehen der Ort und die Geschichten der hier Inhaftierten im Vordergrund. Ihr Ziel sei deshalb, einen offenen Prozess der Auseinandersetzung vor Ort zu ermöglichen; dieser müsse vor überhöhten Erwartungen und Ansprüchen abgeschirmt werden. Somit lehnt BII8 politische Stellungnahmen sowie Gegenwartsbezüge in der pädagogischen Arbeit ab und fordert stattdessen eine klare Positionierung in politischen Diskursen seitens der Leitungen. Dagegen zeigt sich bei BII17 ein anderes Bild: Zwar könne die Gedenkstättenpädagogik nicht die Funktion einer »antifaschistischen Waschmaschine« (BII17: 11) erfüllen, jedoch sei es durchaus ihre Aufgabe, kritisches Bewusstsein

zu vermitteln, auf Kontinuitäten hinzuweisen und alternative Gesellschaftsentwürfe zu ermöglichen (BII17: 19).

Alle diese beschriebenen Phänomene – die Reflexion des antistaatlichen Anfangs vieler Erinnerungspraktiken, insb. in Bezug auf den NS, die Wahrnehmung von Prozessen der Etablierung und Ritualisierung des Gedenkens – werden, wenn auch in deutlich geringerem Maße, ebenso in Interviews von Mitarbeiter:innen non-formaler Geschichtsinitiativen beschrieben. Über die Frage, wie der Wandel vom Widerständigen zur Etablierung einzuschätzen ist, sind diese Interviewpartner:innen jedoch keineswegs einig. So betrachtet ein Interviewpartner einer regionalen Geschichtsinitiative diesen Wandel als Erfolgsgeschichte, denn

[als ich] Anfang, Mitte der 90er Jahre so die ersten Projekte in die Richtung gemacht habe, mit Vorträgen, mit Publikationen, waren da sehr viele Vorbehalte: Ich soll doch das Zeug mal ruhen lassen, jetzt sei es doch nun mal gut. Und dass man da immer noch einfach in diesem Wunden rumrühren wollte, wenn man über Geschichte überhaupt mal in einem politischen Gremium in die Diskussion kam, dann war es in der Regel über den Nationalsozialismus. (BIII11: 29)

Das habe sich gewandelt. Es bleibe zwar ein »durchaus brisantes Thema bis in die Gegenwart«, insbesondere, wenn es um lokale Täter:innen gehe, aber insgesamt sei es heute »doch weitgehend eine Communis Opinio, dass einfach dieser Zivilisationsbruch [...] in die Lernerfahrung einmünden muss« (ebd.). Weniger als Fortschrittsgeschichte denn als Verlustgeschichte kritischen Potenzials sieht diesen Wandel hingegen eine Interviewpartnerin, die bereits über einen langen Zeitraum in regionalen Geschichtswerkstätten zu einer Vielzahl historischer Themen arbeitet. Die Etablierung verlaufe parallel zur allgemeinen Zunahme der Bedeutung der Geschichtskultur – diese sei »tatsächlich Staatssache geworden [...], sehr viel mehr als das noch in den 80ern war« (BIII13: 51). Eine andere Interviewpartnerin einer Geschichtsinitiative verneint gleich ganz den Wandel und sieht in NS-Gedenkstätten eher Kontinuitäten in der Frage, an welche Opfer erinnert werde. An einem Ort, an dem sich inzwischen eine NS-Gedenkstätte befindet, habe es bereits vor 25 Jahren »einen ersten Gedenkstein für homosexuelle Opfer« gegeben, also Opfer, die einen »viel kleineren Leumund« gehabt hätten. Über diese würde zwar heute mehr gesprochen, aber über andere Opfergruppen, wie die als »asozial« Verfolgten, spreche auch heute immer noch fast niemand (BIII17: 21).

Die Kontrastierung der Interviews, die mit den Mitarbeiter:innen von NS-Gedenkstätten geführt wurden, mit Interviews mit Aktiven in non-formalen Geschichtsinitiativen, bietet die Möglichkeit, einen Blick auf die Ursprünge der Gedenkstättenarbeit zu richten. Denn die NS-Gedenkstätten in der BRD – sieben der zehn Interviews wurden mit Mitarbeiter:innen westdeutscher Gedenkstätten geführt – wurden einst selbst von non-formalen historischen Bildungsprojekten gegründet. Vergleicht man die Ausführungen der Gedenkstättenmitarbeiter:innen über die geschichtskulturelle Etablierung ihrer Institutionen mit den Schilderungen der Akteur:innen in heutigen non-formalen Geschichtsinitiativen, eröffnet das aufschlussreiche Perspektiven auf Prozesse der Etablierung ihrer Folgen. Auffallend ist, dass die non-formalen Projekte oftmals um Etablierung kämpfen, aber zugleich für deren Gefahren sensibilisiert sind. Deutlich wird zudem, dass eine Differenzierung des

Begriffs Etablierung, der in der Umgangssprache scheinbar eindeutig ist, notwendig ist. Die Akteur:innen begreifen darunter verstetigte Finanzierung und andere Formen der Absicherung, die ein Überdauern im Wandel ermöglichen. Es geht ihnen um das Erringen von Deutungshoheit, die sich in einem Ernstgenommen-Werden in der breiteren Öffentlichkeit sowie im wissenschaftlichen Diskurs zeigt, woraus sich auch ein Mitspracherecht ergibt. Etablierung scheint somit v.a. zu bedeuten, als wirkmächtiger Akteur in der Geschichtskultur wahrgenommen zu werden. Zugleich gehen damit für viele Akteur:innen auch Gefahren einher: Komplexe und starre Strukturen sowie Hierarchien seien eine direkte Folge. Aber generell wird auch das Einbüßen der (staats-)kritischen Ausrichtung und allgemein des widerständigen Potenzials der eigenen Erinnerungspraktiken befürchtet. Somit stellt sich die Frage: Kann sich kritisches Potenzial überhaupt etablieren oder handelt es sich hier um notwendige Gegensätze? Welche Spielräume existieren, welche Ambivalenzen und theoretische Leerstellen zeigen sich?

Wir meinen es politisch! – (Zwischen-)Räume Öffnen

Gedenkstätten haben sich also laut den Befragten zu anerkannten und wirkmächtigen gesellschaftlichen Institutionen entwickelt, hinter die »keiner mehr zurück« kann (BII17: 33). Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass gegenwärtige Akteur:innen im Gedenkstättenbereich nicht mehr hinter die Etablierung der Gedenkstätten zurückkönnen, wenn sie sich nicht außerhalb der Institutionen bewegen wollen. Wie lässt sich also mit den Konsequenzen dieser Etablierung umgehen? Und inwiefern lassen sich dieser zum Trotz Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten als Anlässe zu Selbstreflexion, Kritik und Widerständigkeit nutzen? Laut Günter Morsch (2005: 3f.) müssen »diese Spielräume in einer Auseinandersetzung mit dem staatlich legitimierten und finanzierten Bildungsinstrumentarium« gefunden werden. Zugleich stellt sich jedoch die Frage, ob dies überhaupt möglich ist; schließlich gehöre es zu den Strategien hegemonialer Institutionen, »Kritik zu integrieren, ohne dabei die zugrunde liegenden Machtverhältnisse aufzubrechen« (Wonisch 2020: 96).

Mit Blick auf Agency erweist sich bei der Suche nach dem verschütteten kritischen Potenzial die Gedenkstättenpädagogik als vielversprechende Fundgrube. Die Gedenkstätte als gebauter und diskursiver Raum stellt nichts in sich Abgeschlossenes dar, sondern kann ein Möglichkeitsraum für solidarisches Handeln aller Beteiligten sein. Gedenkstättenarbeit und die darin verorteten pädagogischen Angebote dürfen kein Top-down-Wissenstransfer sein, wenn sie ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis als zivilgesellschaftliche und demokratische Institutionen gerecht werden wollen. Wenn Gedenkstätten ihre eigenen Ansprüche beim Wort nehmen, muss ihre Arbeit immer eine kritische Betrachtung der »bestehenden Verhältnisse« (Sternfeld 2018: 156) beinhalten.

Dabei kann es nicht darum gehen, die weitverbreitete Annahme zu bedienen, gedenkstättenpädagogische Programme könnten als eine Art ‚Schutzimpfung‘ gegen antidemokratische Haltungen, gegen Antisemitismus und Rassismus wirken. Wie einige Interviewpartner:innen betonen, wird dem historischen Lernen über die Verbrechen in den Konzentrationslagern zugeschrieben, es schütze vor »Wiederholung« und mache

die Besuchenden zu aktiven Demokrat:innen. Mitunter dient auch die bloße Anwesenheit in einer Gedenkstätte als Zeugnis demokratischer Selbstvergewisserung, wie das folgende Beispiel veranschaulicht. Nach dem Bekanntwerden zahlreicher extrem rechter Chatgruppen bei diversen Polizeidienststellen (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen, erschien im Januar 2021 das Magazin der Polizei in NRW *Die Streife* zum Schwerpunktthema »Rechtsextremismus in der Polizei« (Dahlkamp 2021: 4ff.). Auf dem Titel sind Polizisten zu sehen, die in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund posieren und im Magazin findet sich ein sechsseitiger Leitartikel, der mit weiteren Bildern dieser Art illustriert ist. Im Artikel wird weder die Bedeutung des historischen Orts beleuchtet noch wird erklärt, warum genau diese Hintergrundkulisse für die Bebilderung des Beitrags gewählt wurde. Das erweckt den Eindruck, dass die Bebilderung in erster Linie der Selbstdarstellung der Polizei als Hüterin der Demokratie dient. Fast scheint es, als würde hier das bloße Betreten einer Gedenkstätte – bzw., sich darin ablichten zu lassen, *pic or it didn't happen!* – schon beweisen, dass es so schlimm nicht bestellt sein kann – etwa um die Demokratiefestigkeit und Menschenrechtsorientierung von Polizist:innen. Selbstreflexion oder Institutionskritik scheinen dahingegen nicht mehr nötig. Der symbolische Ort Gedenkstätte gerät so zur Projektionsfläche ohne kritischen Anspruch.

Insbesondere Gedenkstättenpädagog:innen sehen sich dadurch herausgefordert, aktiv Stellung in geschichtskulturellen Diskursen um die Bedeutung ihrer Institutionen zu beziehen. Dabei geht es um nichts Geringeres als eine Bewahrung des kritischen Potenzials historischen Lernens vor Ort und dessen Verteidigung gegen eine Instrumentalisierung, die v.a. einer nationalen Selbstvergewisserung dient und die sich zunehmend zu verselbstständigen scheint. Ein wichtiger Schritt ist hierbei die Entwicklung eines professionellen Selbstverständnisses, Selbstreflexion und ein Austausch zu der Frage, was die Ziele einer historischen Auseinandersetzung vor Ort sein sollten und was eben nicht.

Eine kritische historisch-politische Bildung an Gedenkstätten begreift Gedenkstätten nämlich eben nicht als Orte der Affirmation nationalstaatlicher Sicherheiten, sondern als »verunsichernde Orte« (Thimm/Kößler/Ulrich 2010), an denen vermeintliche gesellschaftliche Gewissheiten hinterfragt werden. Auch wenn bislang nicht von einer vollständig konzeptualisierten und einheitlichen »Gedenkstättenpädagogik« gesprochen werden kann, hat sich in den letzten Jahrzehnten ein pädagogisches Feld entwickelt, das unter dem Begriff subsumiert werden kann. Dessen Akteur:innen verständigen sich regelmäßig über die normativen Grundlagen ihrer Vermittlungstätigkeiten. In der weit rezipierten Veröffentlichung *Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik* (ebd.) werden Qualitätsmerkmale für das Berufsfeld aufgeführt. Als Basiskonsens finden sich darin gemeinsame Ziele für die pädagogische Arbeit, die sich vom konkreten Ort und seiner Geschichte ausgehend mit aktuellen Fragen befassen sollte. Dazu zählen die politischen Auseinandersetzungen um die Einrichtung der Gedenkstätte, ihre vielfältigen Funktionen sowie die heutige Gestaltung des Ortes (ebd.: 10). Von ergebnisorientierter Demokratiebildung oder Menschenrechtserziehung, die Besuchenden zuteilwürde, ist dabei weniger die Rede. Vielmehr wird die Qualität der historisch-politischen Bildung aufseiten der Vermittelnden verortet und als abhängig von deren Fähigkeit und insb. deren Bereitschaft zur (Selbst-)Reflexion beschrieben.

Ein Beispiel für derartige Reflexionsbestrebungen bietet der bereits genannte Arbeitskreis *Räume Öffnen*, in dem auch die Autor:innen dieses Artikels aktiv sind. Entstanden ist das Netzwerk 2016. Damals wurden an vielen Einrichtungen gedenkstättenpädagogische Förderprojekte etabliert, die sich als sog. Integrationsmaßnahme explizit an Geflüchtete richteten. Einige der Gedenkstättenmitarbeitenden, die mit diesen Projekten betraut wurden, fanden diese Engführung befremdlich und schlossen sich zum Arbeitskreis *Räume Öffnen* zusammen, um die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen der eigenen Praxis sowie das eigene Selbstverständnis kritisch zu reflektieren. Statt ›Spezialprogramme‹ für die imaginierte ‚Zielgruppe‹ *Refugees* zu konzipieren, konnten im Austausch miteinander Strategien entwickelt werden, um diskriminierungs- und machtkritische Perspektiven in die jeweiligen Institutionen einzubringen (Farber/Hecker 2017).

Der Arbeitskreis kann dabei auch als (eine) Antwort auf die in diesem Artikel aufgezeigte Gemengelage im Zuge der Etablierung von Gedenkstätten verstanden werden. Der Name *Räume Öffnen* ist dabei zugleich Programm: Die Mitglieder verfolgen das Anliegen, den Bruch zwischen überladenen Ansprüchen und eigenen Zielsetzungen produktiv zu nutzen und Gedenkstätten als Handlungsräume zu verstehen, in denen Geschichtskultur reflektiert, kritisiert und transformiert werden kann, um so das kritische Potenzial dieser Orte einzulösen. ›Räume‹ versteht das Netzwerk dabei als hergestellte soziale Realitäten; Räume werden gemacht, können einschließen und ausschließen, können besetzt und angeeignet werden. Der professionsbezogene Konsens des Netzwerkes ist in Form eines Prozesspapiers festgehalten, das stetig weiterentwickelt wird. Daraus werden im Folgenden ausgewählte Punkte und Forderungen aufgeführt.

So versteht das Netzwerk Geschichtskultur explizit als politische Praxis und Gedenkstätten als gesellschaftliche Akteur:innen; es stellt sich damit gegen die Idee einer politischen Neutralität dieser Institutionen. Als **antifaschistische Räume** begriffen, sollten Gedenkstätten vielmehr Rückversicherung und Bestärkung für Menschen bieten, die sich in antifaschistischer Grundhaltung gegen Nationalsozialismus, Faschismus und deren gegenwärtigen Ausformungen positionieren. Der deutsche Faschismus war kein ›Extremismus‹, sondern das Resultat gesamtgesellschaftlich verankerter völkischer Haltungen, die heute noch wirken. Aus dem NS, seiner Ideologie und Geschichte ergeben sich vielfache Kontinuitäten, die heute sichtbar sind:

- im Fortbestehen von Ungleichwertigkeitsideologien
- in der organisierten extremen Rechten
- im Fehlen der Menschen, die ermordet wurden

Ausgehend von den jeweiligen Orten steht die Auseinandersetzung mit dem NS und der Bedeutung dieser Kontinuitäten für die heutige postnazistische Migrationsgesellschaft im Zentrum der Bildungsarbeit.

Das Netzwerk fordert, Gedenkstätten als (Bildungs-)Orte so zu gestalten, wie es sich eine Gesellschaft der Vielen vorstellt: solidarisch, machtkritisch und sicher. Dabei sollten sie aus der parteiischen Positionierung für und mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, agieren. Damit Gedenkstätten **sichere und solidarische Räume** sein können, müssen sie **Reflexionsräume** sein, in denen interne sowie gesamtgesell-

schaftliche Machtstrukturen und Hierarchien fortlaufend reflektiert und langfristig reduziert werden können. Dabei gilt es, Diskriminierungen als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, in die die Institutionen verstrickt sind. Deshalb bedarf es eines (selbst-)kritischen Blickes, der Ausschlüsse sichtbar macht und bekämpft, sowie einer strukturellen und inhaltlichen Öffnung für marginalisierte Perspektiven. Dies kann auch bedeuten, widersprüchlich zu handeln, um Zwischenziele zu erreichen, wie etwa zielgruppenorientierten Förderlogiken formal zu entsprechen, um Diskriminierungskritik in den Institutionen voranbringen zu können. Statt Räume nationaler Selbstvergewisserung zu sein, können Gedenkstätten als **verunsichernde Räume** kritische Fragen an die Gesellschaft, an Akteur:innen und die eigenen Strukturen stellen und in diese hineinwirken.

Fazit

Die Geschichte der Gedenkstätten ist nicht frei von inneren Widersprüchen. Aktuelle Akteur:innen in dem Feld blicken auf eine Erfolgsgeschichte in der Etablierung einer kritischen Thematisierung des Nationalsozialismus und die sukzessive Anerkennung der verschiedenen Verfolgtengruppen zurück. Sie verorten ihr eigenes Tun in dieser Tradition. Gedenkstätten sind hierbei sowohl symbolischer Ausdruck als auch performativer Raum für die Agency gesellschaftlicher Gruppen. Als Gegenprojekt zu hegemonialen Geschichtsbildern, in denen Verfolgung und Mord aktiv beschwiegen wurden, intervenierten einige Akteur:innen in den Gedenkstätten als Aktivist:innen in bestehende Verhältnisse. Ihr Erfolg war nicht zuletzt Professionalisierungsbestrebungen geschuldet. Die Akteur:innen der Graswurzelbewegung standen im Austausch miteinander, um sowohl Ausdrucksformen als auch Standards in der Forschung, den Ausstellungen und der Vermittlung zu diskutieren.

Die Sicherung der Graswurzelarbeit war immer auch eine Ressourcenfrage und früh gab es eine Kooperation auf kommunaler Ebene, die aber der prekären Lage vieler der Initiativen nicht hinreichend entgegenwirken konnte. Gleichzeitig stand der Ausbau staatlicher Finanzierung für weite Teile der Gedenkstättenbewegung im Widerspruch zu einem Selbstverständnis als staatskritischem Projekt. Gerade der Institutionalisierungsschub Anfang des Jahrtausends wird deshalb besonders kritisch gesehen. Fällt doch die vergleichsweise massive staatliche Förderung für verschiedene Gedenkorte mit einer Neuausrichtung der nationalen Identität Deutschlands nach 1990 zusammen. Ein sich als Erinnerungsweltmeister gerierender Staat bietet wenig Raum für kritische Interventionen. Die Gedenkstätten und v.a. ihre Bildungsprogramme sind zunehmend von Förderungen durch die öffentliche Hand abhängig.

Die Relevanz einer kritischen, reflexiven Gedenkkultur, die in gesellschaftliche Verhältnisse intervenieren möchte, wird durch die Befragten hervorgehoben. Für diese ist eine institutionalisierte Gedenkstättenlandschaft zwar Grundlage, aber zugleich auch Herausforderung, da sie das Potenzial hat, an der Erfolgsgeschichte Gedenkstätte zu kratzen. Wie lässt sich also Kritik äußern, ohne die Gedenkstätten als Ganzes auf den Prüfstand zu setzen, aber auch, ohne dass die Kritik einfach inkludiert wird? Ein erster Ansatzpunkt ist hier die solidarisch-kollaborative Selbstreflexion (Terkessidis 2015). Aus dieser erwächst Agency für die Menschen, die in dem Feld arbeiten, und es entstehen

ebenfalls Handlungsräume für Besucher:innen. Die inneren Widersprüche können dadurch zu Zwischenräumen werden – zu Räumen, die zusammen mit den Besuchenden angeeignet werden. Aus einem aktivistischen Geist heraus ließe sich zuspitzen: Dies ist eine schöne Gedenkstätte, lasst sie uns besetzen (Hummel 2012: 20, Brachmann et al. 2021: 52).

Literatur

- Brachman, Ines/Chmiel, Cornelia/Farber, Jennifer/Hecker, Jens/Hoffstadt, Anke/Schank, Lisa (2021): »Die Gedenkstätten, eine unendliche deutsche Erfolgsgeschichte«, in: *Hinterland Magazin* 15 (48), S. 53-57, https://www.hinterland-magazin.de/wp-content/uploads/2021/06/Hinterland_Magazin-HL48-52.pdf (28.08.2021).
- Dahlkamp, Silvia (2021): »Die eigene Haltung reflektieren!< Wie sehen Polizeibeamte ihren Beruf nach den Mülheim-Chats?«, in: *Streife. Magazin für die Polizei Nordrhein-Westfalen* 59 (60), https://polizei.nrw/sites/default/files/2021-02/Streife_01_2021_Web_o.pdf (14.09.2021).
- Farber, Jennifer/Hecker, Jens (2017): »Machen Sie auch etwas mit Flüchtlingen?« – Zur Ausrichtung des Arbeitskreises »Räume Öffnen«, in: *Lernen aus der Geschichte*, <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/13612> (14.09.2021).
- Garbe, Detlef (2014): »Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes: im geschichtspolitischen Spannungsfeld«, in: *Gedenkstättenrundbrief* 34 (182), S. 3-17.
- Hummel, Claudia (2012): »Es ist ein schönes Haus. Man sollte es besetzen«. Aktualisierung des Museums«, in: Beatrice Jaschke/Nora Sternfeld (Hg.), *Educational Turn. Handlungsräume der Kunst- und Kulturvermittlung*, Wien: Turia+Kant, S. 79-116.
- Knigge, Volkhard (2005): »Gedenkstätten und Museen«, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, Bonn: LIT, S. 378-389.
- Knigge, Volkhard (2010): »Zur Zukunft der Erinnerung«, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 21.06.2010, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39870/zukunft-der-erinnerung> (14.09.2021).
- Knoch, Habbo (2020): *Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder*, Tübingen: UTB.
- Lutz, Thomas (2009): *Zwischen Vermittlungsanspruch und emotionaler Wahrnehmung. Die Gestaltung neuer Dauerausstellungen in Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland und deren Bildungsanspruch*. Dissertation, Technische Universität Berlin.
- Meseth, Wolfgang (2015): »Gedenkstättenpädagogisches Handeln. Zur Etablierung eines Arbeitsfeldes zwischen Professionalisierung und Standardisierung«, in: Elke Gryglewski/Verena Haug/Gottfried Kößler/Thomas Lutz/Christa Schikorra (Hg.), *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, Berlin: Metropol, S. 98-110.
- Morsch, Günter (2005): »Perspektiven und Entscheidungslagen, Chancen und Risiken der Entwicklung deutscher NS-Gedenkstätten in Zeiten des Wandels«, in: *Gedenkstätten Rundbrief* 22 (128), S. 3-14.

- Reuschenbach, Julie (2015): »Tempel des Antifaschismus? – Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR«, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 26.01.2015, www.bpb.de/199442 (14.09.2021).
- Scheurich, Imke (2010): »NS-Gedenkstätten als Orte kritischer historisch-politischer Bildung«, in: Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hg.), *Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik*, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, S. 38-44.
- Siebeck, Cornelia (2015): »50 Jahre ›arbeitende Gedenkstätten‹. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption«, in: Elke Gryglewski/Verena Haug/Gottfried Kößler/Thomas Lutz/Christa Schikorra (Hg.), *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, Berlin: Metropol, S. 19-43.
- Sternfeld, Nora (2013): *Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung. Transnationales Lernen über den Holocaust in der postnazistischen Migrationsgesellschaft*, Wien: Zaglossus.
- Sternfeld, Nora (2018): *Das radikaldemokratische Museum*, Berlin/Boston: De Gruyter.
- Terkessidis, Mark (2015): *Kollaborationen*, Berlin: Suhrkamp.
- Thimm, Barbara/Kößler, Gottfried/Ulrich, Susanne (Hg.) (2010): *Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik*, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Traverso, Enzo (2007): *Gebrauchsanleitungen für die Vergangenheit. Geschichte – Erinnerung – Politik*, Münster: Unrast.
- Wonisch, Regina (2020): »Migration als Herausforderung nationaler Geschichtsmuseen«, in: Ljilana Radonić/Heidemarie Uhl (Hg.), *Das umkämpfte Museum. Zeitgeschichte ausstellen zwischen Dekonstruktion und Sinnstiftung*, Bielefeld: Transcript, S. 93-108.
- Wüstenberg, Jenny (2020): *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*, Bonn: LIT.